

WAHLPRÜFSTEINE - SACHSEN-ANHALT 2026

1. Tabellarische Übersicht

								
1.	Forschungsförderung							
2.	Weitere Förderungen							
3.	Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen							
4.	Medizinalcannabis: Anbau in Deutschland							
5.	Modellprojekte für Genusscannabis							
6.	Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland							
7.	Strafverfolgungsprioritäten							
8.	Initiativen							

Ebenfalls angefragt wurde die Partei BSW, von der wir keine Antwort erhalten haben.

 Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW

 Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW

 Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW

 Entspricht überwiegend nicht den Forderungen des BvCW

 Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

2. Fragen und Antworten

1. Forschungsförderung

Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potenzialen von Hanf (Medizinalcannabis, Industriehanf [Faserbündstoff, Textilien, Baustoff, Lebensmittel etc.], Cannabinoiden, Genussmittel, Green Deal) einsetzen?



"Die Linke unterstützt den Ausbau der Forschungsförderung für das gesamte Potenzial der Hanfpflanze nachdrücklich. Wir sehen in Hanf sowohl eine Schlüsselressource für den ökologischen Strukturwandel im Land (Bioökonomie, Green Deal) als auch eine Chance für eine fortschrittliche Medizin- und Wirtschaftspolitik. An Standorten wie der Hochschule Merseburg gibt es bereits Nutzhanfforschung (z. B. durch das Forschungslabor viridiCANH6 zur Untersuchung biobasierter Prozesse und nachhaltiger Baustoffe). Solche Projekte wollen wir auszuweiten, um den Strukturwandel in ehemaligen Kohleregionen wie dem Mitteldeutschen Revier durch grüne Technologien zu stärken. Wir setzen uns dafür ein, Landwirten den Anbau von Industriehanf bürokratisch zu erleichtern, damit heimische Betriebe stabile, klimaresiliente Einnahmequellen erschließen können. Ebenso fordern wir eine gezielte Unterstützung der heimischen Produzenten von medizinischem Cannabis, von denen viele ihren Sitz in Ostdeutschland haben. Es braucht eine stärkere staatliche Förderung von klinischen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen zu Cannabinoiden. Im Rahmen unserer drogenpolitischen Positionen fordern wir eine umfassende Forschungsförderung bezüglich der gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums."



"Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Wir Grünen setzen auf die Förderung von Forschung zu den Potenzialen von Hanf in seinen vielseitigen Formen. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Hanf als Bau- und Dämmmaterialien wollen wir erleichtern und durch Förderprogramme unterstützen. Wir wollen dies auch als zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für Landwirt*innen vorantreiben, damit diese ihren Anbau diversifizieren und breiter aufstellen können. Wir setzen uns im Bund dafür ein, den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf gesichert straffrei zu ermöglichen."



"Die FREIEN WÄHLER sehen in Hanf einen vielseitigen und nachwachsenden Rohstoff mit erheblichen Potenzialen für Landwirtschaft, Industrie, Gesundheitswesen und Klimaschutz. Deshalb unterstützen wir eine technologieoffene und wissenschaftlich fundierte Forschungsförderung zu den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Hanf - von Medizinalcannabis über Industriehanf bis hin zu innovativen Baustoffen, Textilien, Faserverbundwerkstoffen oder Lebensmitteln. Gerade Sachsen-Anhalt verfügt über leistungsfähige Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie eine starke Agrar- und Chemiewirtschaft. Diese Kompetenzen sollten gezielt genutzt werden, um Innovationen, regionale Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Forschung muss sich dabei an wissenschaftlichen Erkenntnissen und wirtschaftlicher Praxistauglichkeit orientieren, nicht an ideologischen Vorgaben."



"Wir stehen zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Aus Sicht der FDP sollte die Politik keine einzelnen Forschungsschwerpunkte vorgeben. Ob zu Medizinalcannabis, Industriehanf oder anderen Einsatzmöglichkeiten geforscht wird, sollte der Wissenschaft, den Unternehmen und den jeweiligen Akteuren überlassen bleiben."



"Frage 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert bereits mit rund 3,8 Millionen Euro am Geiseltalsee (Fördermittelempfänger sind die Stadt Müheln und die Hochschule Merseburg und die Deutsche Hanf-Akademie e.V.) für ein Informations- und Kompetenzzentrum, welches das Potenzial von Industriehanf als nachhaltigen Baustoff erforscht und Wissen für die Praxis zugänglich macht. Das Projekt wird zu 100 Prozent aus dem europäischen Just Transition Fonds (JTF) im Rahmen der Landesinitiative zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) gefördert. Ziel des Projektes ist es, das ökologische und ökonomische Potential von Industriehanf als nachhaltige Ressource sichtbar, nutzbar und zugänglich zu machen sowie das Bewusstsein für nachhaltige Stoffkreisläufe zu stärken. Weiteren Forschungsprojekten steht das Land offen gegenüber."



"Wir trennen strikt zwischen einem legitimen Einsatz von Hanf etwa zu medizinischen Zwecken oder Industriebzwecken einerseits und einem illegitimen Einsatz als Rauschmittel. Die Forschung zu ersterem ist zu fördern, letzteres ist zu unterbinden."



"Forschungsförderungen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Insbesondere im Süden Sachsen-Anhalts wird Hanf für medizinische Zwecke produziert (in Leuna). In der Geiseltalregion nahe Merseburg forscht die Hochschule Merseburg zu Nutzhanf (u.a. für Bau- und Dämmstoffe)."

2. Weitere Förderungen

Für welche weiteren Förderungen zu den Potentialen von Hanf werden Sie sich einsetzen? z. B. Anbauprämien für Nutzhanf, Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Zuschüsse für Ernte- und Verarbeitungsmaschinen für regionale Maschinenringe oder Förderung der langfristigen CO₂-Speicherung durch Bau- und Dämmmaterialien.



"Die Linke fokussiert sich bei der Hanfförderung stark auf regionale Wertschöpfung, nachhaltige Bioökonomie und den ökologischen Strukturwandel. Über die klassischen Agrarbeihilfen sehen wir Hanf als strategischen Rohstoff in der Industrie und im Bauwesen.

Die Linke unterstützt den Ausbau von spezialisierten Forschungsstätten wie dem neuen Informations- und Kompetenzzentrum am Geiseltalsee, um Hanf als CO₂-speicherndes Baumaterial marktreif zu machen. Wir fordern eine direkte Verknüpfung von universitärer Forschung (wie an der Hochschule Merseburg) mit lokalen KMU. Ebenso unterstützen wir Projekte wie DiP-iQ-Hanf, die mithilfe von KI-basierten Qualitätsbewertungen resiliente Anbaulösungen für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier entwickeln. Landwirte sollen unbürokratischeren Zugriff auf ELER-Mittel erhalten, um verarbeitete Hanfprodukte direkt regional zu vermarkten. Wir unterstützen die Ansiedlung und Förderung von Unternehmen, die Nutzhanf als umweltfreundlichen Rohstoff für plastikfreie Verpackungsproduktion und industrielle Anwendungen nutzen. Gelder für den Kohleausstieg sollen aktiv in den Aufbau von Fabriken zur Faserverarbeitung fließen, um wegfallende Industriearbeitsplätze zu ersetzen. Neben finanziellen Zuschüssen fordern wir den Abbau von bürokratischen Hürden und strengen THC-Kontrollauflagen bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), damit der Anbau für regionale Betriebe wirtschaftlich attraktiv bleibt."



"Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Wir Grünen setzen auf die Förderung von Forschung zu den Potenzialen von Hanf in seinen vielseitigen Formen. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe wie Hanf als Bau- und Dämmmaterialien wollen wir erleichtern und durch Förderprogramme unterstützen. Wir wollen dies auch als zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für Landwirt*innen vorantreiben, damit diese ihren Anbau diversifizieren und breiter aufstellen können. Wir setzen uns im Bund dafür ein, den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriedhanf gesichert straffrei zu ermöglichen."



"Die FREIEN WÄHLER befürworten Fördermaßnahmen, die nachweislich regionale Wertschöpfung schaffen und den ländlichen Raum stärken. Dazu gehören insbesondere Projekte zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, Investitionen in Verarbeitungsstrukturen sowie die Förderung innovativer Anwendungen von Nutzhanf.

Wir können uns ebenso eine Unterstützung gemeinschaftlich genutzter Ernte- und Verarbeitungstechnik, beispielsweise über Maschinenringe, vorstellen. Auch der Einsatz von Hanffasern im Bauwesen verdient stärkere Aufmerksamkeit. Nachwachsende Rohstoffe können einen wichtigen Beitrag zur Ressourcenschonung und langfristigen CO₂-Bindung leisten. Förderprogramme müssen jedoch technologieoffen ausgestaltet werden und sich an messbaren wirtschaftlichen und ökologischen Effekten orientieren."



"Bereits heute bestehen verschiedene Fördermöglichkeiten für Unternehmen. Aus Sicht der FDP bedarf es keiner zusätzlichen, ausschließlich auf Hanf ausgerichteten, Förderprogramme. Statt immer neue Fördertöpfe zu schaffen, setzen wir auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und unternehmerische Freiheit, damit sich innovative Produkte und Wertschöpfungsketten eigenständig entwickeln können."



"Frage 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert bereits mit rund 3,8 Millionen Euro am Geiseltalsee (Fördermittelempfänger sind die Stadt Müheln und die Hochschule Merseburg und die Deutsche Hanf-Akademie e.V.) für ein Informations- und Kompetenzzentrum, welches das Potenzial von Industriehanf als nachhaltigen Baustoff erforscht und Wissen für die Praxis zugänglich macht. Das Projekt wird zu 100 Prozent aus dem europäischen Just Transition Fonds (JTF) im Rahmen der Landesinitiative zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) gefördert. Ziel des Projektes ist es, das ökologische und ökonomische Potential von Industriehanf als nachhaltige Ressource sichtbar, nutzbar und zugänglich zu machen sowie das Bewusstsein für nachhaltige Stoffkreisläufe zu stärken. Weiteren Forschungsprojekten steht das Land offen gegenüber."



"Da wir die herrschende CO2-Politik ablehnen, sehen wir keine Veranlassung, CO2-Speicherung zu fördern. Letztlich müssen sich Hanfprodukte wie Dämmstoffe und Textilien auf dem freien Markt durchsetzen. Die Vermarktung von Hanf kann aber davon profitieren, dass wir regionale Wertschöpfungsketten generell fördern wollen."



"Eine Förderung über die unter 1. aufgeführten Stellen hinaus ist bislang nicht vorgesehen."

3. Medizinalcannabis: Regulierung vereinheitlichen

Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defekturen- und Rezepturarzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?



"Ja. Die Linke in Sachsen-Anhalt unterstützt grundsätzlich eine bundesweite Entbürokratisierung sowie eine Harmonisierung der Verfahrensweisen bei medizinischem Cannabis. Die unübersichtlichen Regelungen lassen Grauzonen im Medizinalbereich entstehen. Wir fordern verlässliche und standardisierte legale Zugangswege, um Verunsicherungen in Apotheken und Arztpraxen zu minimieren."



"Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.
Im Bund setzen wir uns dafür ein, den Zugang zu einer medizinisch indizierten Therapie mit Medizinal-Cannabis patientenfreundlich, rechtssicher und praxisnah zu gestalten und außerdem die Verschreibung im Rahmen von ärztlichen Videosprechstunden und den Versand von Medizinal-Cannabis zu ermöglichen. Damit wird eine wohnortunabhängige, barrierefreie und flächendeckende Versorgung sichergestellt. Der § 31 Abs. 6 Nummer 1b SGB V wird häufig so ausgelegt, dass zur Verordnung von Cannabis das Kriterium der „Austherapiertheit“ vorliegen muss, also alle anderen Behandlungsoptionen erfolglos durchlaufen wurden. Dies führt bei betroffenen Patient*innen zu hohen Zumutungen, für Ärzt*innen entsteht unnötiger Mehraufwand und für die Solidargemeinschaft unnötige Kosten. Wir wollen, dass Versicherte mit einer schwerwiegenden Erkrankung unter bestimmten Bedingungen (z.B. in der Schmerztherapie) bereits frühzeitig einen Anspruch auf die Versorgung mit Medizinal-Cannabis haben."



"Ja. Medizinische Versorgung braucht Rechtssicherheit und bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen. Unterschiedliche Auslegungen der Vorschriften führen derzeit zu unnötigem bürokratischem Aufwand für Ärzte, Apotheken und Patienten.
Wir unterstützen daher eine Vereinheitlichung der Regularien, sofern dadurch die Arzneimittelsicherheit gewährleistet bleibt und die Versorgung von Patientinnen und Patienten verbessert wird. Ziel muss eine praktikable und rechtssichere Anwendung des Arzneimittelrechts sein."



"Wir befürworten grundsätzlich eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Medizinalcannabis. Gleichzeitig besteht in vielen Bereichen weiterhin Diskussionsbedarf, um bestehende Regelungen wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln. Ziel sollte ein transparentes, praxistaugliches und bundesweit einheitliches Regelwerk sein."



"Cannabisblüten enthalten viele verschiedene Wirkstoffe, daher ist eine Vereinheitlichung als Wirkstoff aus pharmakologischer Sicht – insbesondere für die Herstellung von Cannabisprodukten in Apotheken – schwierig. Nach Daten des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte ist der Import von Cannabisblüten zu medizinischen Zwecken in den letzten zwei Jahren um 170 Prozent gestiegen. Dies lässt vermuten, dass die gestiegene Anzahl an Importen auf mehr Rezepte für Selbstzahler zurückzuführen ist. Das Bundesgesundheitsministerium hat im Dezember 2025 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Medizinal-Cannabisgesetzes vorgelegt. Das Gesetz sieht vor, dass die Verschreibung von Cannabisblüten zu medizinischen Zwecken ausschließlich nach einem persönlichen Kontakt zwischen der Patientin oder dem Patienten und einer Ärztin oder einem Arzt erfolgen darf. Der persönliche Kontakt ist etwa in der Arztpraxis oder auch im Rahmen eines Hausbesuches möglich. Das Gesetz befindet sich im laufenden parlamentarischen Verfahren und ist noch nicht beschlossen.

Der Bundesrat hat empfohlen dem Gesetz zuzustimmen, sieht aber noch Änderungsbedarf und

empfiehlt ein weiteres Gesetzgebungsverfahren, um eine rechtsichere Lösung für die zuständigen Überwachungsbehörden zu finden, damit diese bei Verdacht eines Verstoßes gegen § 3 Absatz 2 MedCanG-E eine unabhängige Prüfung durchführen können. Derzeit liegt noch kein geänderter Gesetzentwurf der Bundesregierung vor."



"Ja. Die medizinisch indizierte Nutzung von Cannabis ist im Sinne der Betroffenen zu liberalisieren."



"Eine bundeseinheitliche Regelung bzgl. der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis erscheint sinnvoll."

4. Medizinalcannabis: Anbau in Deutschland

Inwieweit planen Sie, den Anbau von Medizinalcannabis in Deutschland zu fördern, um so innerdeutsche Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze zu sichern?



"Für die Linke ist ein stabiler und gestärkter Inlandsanbau ein wichtiges Instrument, um Lieferengpässe abzuwenden und die Hoheit über Qualitätsstandards zu behalten. Bestrebungen der Bundesregierung, den Zugang zu Medizinalcannabis (etwa über Onlinerezepte) wieder zu verschärfen, lehnen wir strikt ab, da dies den legalen Inlandsmarkt schwächen und Grauzonen befeuern würde."



"Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.
Im Bund setzen wir uns dafür ein, den Zugang zu einer medizinisch indizierten Therapie mit Medizinal-Cannabis patientenfreundlich, rechtssicher und praxisnah zu gestalten und außerdem die Verschreibung im Rahmen von ärztlichen Videosprechstunden und den Versand von Medizinal-Cannabis zu ermöglichen. Damit wird eine wohnortunabhängige, barrierefreie und flächendeckende Versorgung sichergestellt. Der § 31 Abs. 6 Nummer 1b SGB V wird häufig so ausgelegt, dass zur Verordnung von Cannabis das Kriterium der „Austherapiertheit“ vorliegen muss, also alle anderen Behandlungsoptionen erfolglos durchlaufen wurden. Dies führt bei betroffenen Patient*innen zu hohen Zumutungen, für Ärzt*innen entsteht unnötiger Mehraufwand und für die Solidargemeinschaft unnötige Kosten. Wir wollen, dass Versicherte mit einer schwerwiegenden Erkrankung unter bestimmten Bedingungen (z.B. in der Schmerztherapie) bereits frühzeitig einen Anspruch auf die Versorgung mit Medizinal-Cannabis haben."



"Die FREIEN WÄHLER unterstützen den Ausbau regionaler und nationaler Wertschöpfungsketten überall dort, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind. Dies gilt grundsätzlich auch für den Anbau von Medizinalcannabis.

Eine stärkere Produktion in Deutschland kann Lieferketten stabilisieren, die Versorgungssicherheit verbessern und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig müssen hohe Qualitätsstandards, eine wirksame staatliche Kontrolle und faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet bleiben."



"In Sachsen-Anhalt wird bereits Medizinalcannabis angebaut. Ob darüber hinaus zusätzliche Kapazitäten erforderlich sind, muss sich am tatsächlichen Bedarf und an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren. Staatlich gesteuerte Ausbauziele halten wir nicht für zielführend. Vielmehr sollten Unternehmen unter fairen und verlässlichen Bedingungen selbst über Investitionen und Kapazitätserweiterungen entscheiden können."



"In Sachsen-Anhalt gibt es seit 2022 in Leuna mit dem Medizinalcannabis-Produzent Aurora einen Produzenten, der seine Produktion deutlich ausgeweitet hat und damit Arbeitsplätze in der Region sichert. Der kanadische Produzent Aurora hat vom Land keine Fördermittel erhalten, da er keine beantragt hat. Sollte es ein Unternehmen geben, dass sich in LSA ansiedeln möchte und die Voraussetzungen mitbringt, kann es Fördermittel beantragen."



"Wir stehen solchen Projekten wohlwollend gegenüber und werden sie gegebenenfalls durch unbürokratische Erteilung der notwendigen Genehmigungen fördern, eine finanzielle Förderung jedoch wäre falsch. Jegliche wirtschaftliche Unternehmung muss ohne staatliches Fördergeld auskommen."



"Das in Leuna tätige, zu einem kanadischen Konzern gehörende Unternehmen, das in großem Umfang ausschließlich für medizinische Zwecke produziert, wurde gefördert. Inwieweit künftige Förderungen dort erfolgen, z. B. im Zuge einer Betriebserweiterung, muss abgewartet werden. Generell stehen wir der Förderung von Wertschöpfungsketten zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch in diesem Bereich offen gegenüber."

5. Modellprojekte für Genusscannabis

Die vorherige Bundesregierung plante den legalen Verkauf von qualitativ sicherem Genusscannabis in lizenzierten Fachgeschäften, um dadurch den Schwarzmarkt zurückzudrängen. Sollte ihr Bundesland sich für eine Fortsetzung dieser Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat einsetzen?



"Die Linke befürwortet die Fortsetzung und den Ausbau der Cannabis-Reformpolitik im Bundesrat ausdrücklich und fordert die Einführung von lizenzierten Fachgeschäften. Aus unserer Sicht kann der Schwarzmarkt nur dann effektiv ausgetrocknet werden, wenn es neben dem Eigenanbau und den Social Clubs auch legale, staatlich kontrollierte Verkaufswege für alle Erwachsenen gibt. Die Linke fordert, dass sich Kommunen in Sachsen-Anhalt aktiv als Modellregionen für den lizenzierten Verkauf bewerben. Beispielsweise hat die Stadtratsfraktion der Linken in Halle (Saale) bereits einen konkreten Antrag eingebracht, damit die Stadt als wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt für den legalen Fachgeschäftsverkauf vorangeht. Der Verkauf in lizenzierten Geschäften wird von der Linken explizit an die Bedingung geknüpft, dass die Produkte qualitativ sicher und schadstoffgeprüft sind. Auf dem Schwarzmarkt dominieren verunreinigte oder mit synthetischen Cannabinoiden gestreckte Produkte. Durch staatlich regulierte Lieferketten und den flächendeckenden Ausbau von unbürokratischen Drug-Checking-Angeboten wollen wir sicherstellen, dass Konsumenten ausschließlich sauberes, deklariertes Material erhalten."



"Die Fragen 5 und 6 werden zusammen beantwortet. Ja, wir Grünen wollen, dass sich Sachsen-Anhalt für eine Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik im Bund einsetzt. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest. Mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) wird sichtbar, dass der Schwarzmarkt zurückgeht. Wir Grünen wollen, dass das Land Sachsen-Anhalt die bürokratischen Hürden zur Gründung von Cannabisclubs senkt. Es ist bedauerlich, dass sich aufgrund der administrativen Hürden weiterhin nur wenige Menschen in Clubs zum gemeinschaftlichen Anbau zusammenschließen. Durch die Clubs könnten wir den Schwarzmarkt jedoch noch schneller und stärker zurückzudrängen. Wir kritisieren scharf, dass die Bundesregierung aus Union und SPD den eingeschlagenen Weg in der Cannabis-Gesetzgebung nicht fortsetzt und Modellprojekte für kontrollierte Abgaben nicht forciert. Gerade für Gelegenheitskonsumierende könnte dies der Game Changer sein, um den Schwarzmarkt zurückzudrängen, und auch die stark gestiegene Nachfrage nach medizinischem Cannabis übers Internet könnte so adressiert werden. Wir wollen, dass sich das Land in Abstimmung mit den Kommunen dafür einsetzt, dass mindestens ein regionales Modellvorhaben zum lizenzierten Verkauf von Cannabis in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird."



"Die aktuelle Rechtslage muss zunächst sorgfältig wissenschaftlich ausgewertet werden. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sollten politische Entscheidungen auf belastbaren Erkenntnissen und nicht auf ideologischen Positionen beruhen. Ob weitere Modellprojekte sinnvoll sind, hängt maßgeblich davon ab, ob sie nachweislich zur Bekämpfung des Schwarzmarktes, zum Jugend- und Gesundheitsschutz sowie zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden beitragen. Eine ergebnisoffene wissenschaftliche Evaluation hat für uns Vorrang."



"Ja. Für uns als FDP war das Cannabisgesetz ein wichtiger erster Schritt hin zu einer modernen Drogenpolitik. Langfristig setzen wir uns für eine vollständige, kontrollierte Legalisierung von Cannabis mit einem regulierten Verkauf über lizenzierte Fachgeschäfte ein. Wo das Land auf Bundesebene Einfluss nehmen kann, muss es sich für eine entsprechende Weiterentwicklung des Rechtsrahmens einsetzen."



"Nach dem Cannabisgesetzes können regionale, zeitlich begrenzte und wissenschaftlich begleitete Modellvorhaben geschaffen werden, die die kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene verfolgen. Wir stehen solchen Projekten grundsätzlich offen gegenüber. Die Kommunen entscheiden, ob sie ein solches Modellprojekt auf den Weg bringen möchten. In Sachsen-Anhalt hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) mit einem Antrag Interesse für ein Modellprojekt bekundet."



"Nein. Cannabis hat nachteilige Auswirkungen auf Psyche und geistiges Leistungsvermögen. Dauerhafter Konsum senkt die Motivation und setzt die Konzentrationsfähigkeit und Intelligenz herab. Besonders nachteilig sind die Auswirkungen bei starkem Konsum in der Jugend und im jungen Erwachsenenalter. Cannabis ist kein Genussmittel, sondern eine Droge, die den Kern dessen angreift, was seit jeher die Stärke von uns Deutschen ausmacht: Disziplin, Leistungsbereitschaft und vor allem geistiges Leistungsvermögen."



"Wir bleiben bei unserer kritischen Auffassung bzgl. der Nutzung von Cannabis zu Genusszwecken. Im Moment läuft noch bis 2028 eine Evaluierung des 2024 in Kraft getretenen Gesetzes. Veränderungen, auch hin zu restriktiveren Handhabungen, werden nicht ausgeschlossen."

6. Modellprojekte für Genusscannabis in Ihrem Bundesland

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Ihrem Bundesland Modellprojekte möglich werden? Würden Sie als Bundesland teilnehmen wollen bzw. Landkreise & Kommunen zur Teilnahme ermuntern?



"Ja. Wie unter 5. am Beispiel Halle beschrieben, fordert Die Linke auch andere Kommunen und Landkreise in Sachsen-Anhalt dazu auf, diesem Beispiel zu folgen, um den Schwarzmarkt regional auszutrocknen und die lokale Wirtschaft zu stärken. Die Linke setzt sich ein für eine ideologiefreie Kehrtwende der Landesbehörden, damit Anträge von interessierten Kommunen positiv begleitet und zügig an den Bund weitergeleitet werden, anstatt sie im Keim zu ersticken."



"Die Fragen 5 und 6 werden zusammen beantwortet.
Ja, wir Grünen wollen, dass sich Sachsen-Anhalt für eine Fortsetzung der Cannabis-Reformpolitik im Bund einsetzt. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest. Mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) wird sichtbar, dass der Schwarzmarkt zurückgeht. Wir Grünen wollen, dass das Land Sachsen-Anhalt die bürokratischen Hürden zur Gründung von Cannabisclubs senkt. Es ist bedauerlich, dass sich aufgrund der administrativen Hürden weiterhin nur wenige Menschen in Clubs zum gemeinschaftlichen Anbau zusammenschließen. Durch die Clubs könnten wir den Schwarzmarkt jedoch noch schneller und stärker zurückzudrängen. Wir kritisieren scharf, dass die Bundesregierung aus Union und SPD den eingeschlagenen Weg in der Cannabis-Gesetzgebung nicht fortsetzt und Modellprojekte für kontrollierte Abgaben nicht forciert. Gerade für Gelegenheitskonsumierende könnte dies der Game Changer sein, um den Schwarzmarkt zurückzudrängen, und auch die stark gestiegene Nachfrage nach medizinischem Cannabis übers Internet könnte so adressiert werden. Wir wollen, dass sich das Land in Abstimmung mit den Kommunen dafür einsetzt, dass mindestens ein regionales Modellvorhaben zum lizenzierten Verkauf von Cannabis in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird."



"Die aktuelle Rechtslage muss zunächst sorgfältig wissenschaftlich ausgewertet werden. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER sollten politische Entscheidungen auf belastbaren Erkenntnissen und nicht auf ideologischen Positionen beruhen.
Ob weitere Modellprojekte sinnvoll sind, hängt maßgeblich davon ab, ob sie nachweislich zur Bekämpfung des Schwarzmarktes, zum Jugend- und Gesundheitsschutz sowie zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden beitragen. Eine ergebnisoffene wissenschaftliche Evaluation hat für uns Vorrang."



"Wir als FDP begrüßen wissenschaftliche Modellprojekte ausdrücklich. Sie bieten die Möglichkeit, belastbare Erkenntnisse über die Auswirkungen eines regulierten Verkaufs von Cannabis auf den Gesundheits-, Jugend- und Verbraucherschutz sowie auf die Bekämpfung des Schwarzmarktes zu gewinnen. Aus Sicht der FDP wären entsprechende Modellprojekte auch in Sachsen-Anhalt wünschenswert."



"Nach dem Cannabisgesetzes können regionale, zeitlich begrenzte und wissenschaftlich begleitete Modellvorhaben geschaffen werden, die die kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene verfolgen. Wir stehen solchen Projekten grundsätzlich offen gegenüber. Die Kommunen entscheiden, ob sie ein solches Modellprojekt auf den Weg bringen möchten. In Sachsen-Anhalt hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) mit einem Antrag Interesse für ein Modellprojekt bekundet."



"Nein. Cannabis hat nachteilige Auswirkungen auf Psyche und geistiges Leistungsvermögen. Dauerhafter Konsum senkt die Motivation und setzt die Konzentrationsfähigkeit und Intelligenz herab. Besonders nachteilig sind die Auswirkungen bei starkem Konsum in der Jugend und im jungen Erwachsenenalter. Cannabis ist kein Genussmittel, sondern eine Droge, die den Kern dessen angreift, was seit jeher die Stärke von uns Deutschen ausmacht: Disziplin, Leistungsbereitschaft und vor allem geistiges Leistungsvermögen."



"Der legale Anbau von Hanf zu Genusszwecken ist in Sachsen-Anhalt – insbesondere gegenüber den Stadtstaaten und anderen Großstädten im Bundesgebiet – eher unterrepräsentiert. Insofern bestand bislang noch keine Veranlassung, diesbezüglich aktiv zu werden."

7. Strafverfolgungsprioritäten

Das aktuelle Cannabisgesetz enthält weiterhin die umstrittene „Rauschklausel“ (bzw. „Missbrauchsklausel“), obwohl bis heute kein Missbrauchsfall hierzu bekannt ist. Auch aufgrund der nun legalen Verfügbarkeit von Cannabis ist ein Missbrauch von Industriehanf zu Rauschzwecken höchst unwahrscheinlich. Welche Priorität sehen Sie in der weiteren Strafverfolgung hierzu?



"Für Die Linke hat eine weitere Strafverfolgung auf Basis der „Rauschklausel“ keine Priorität. Wir fordern stattdessen die sofortige und vollständige Streichung dieser Klausel aus dem Gesetz, um die Kriminalisierung von Landwirten, Händlern und Konsumenten im Bereich des Nutzhanfs und von CBD-Produkten endgültig zu beenden. Die Linke teilt die Auffassung von Branchenexperten und Gerichten, dass ein Missbrauch von Nutzhanf zu Rauschzwecken rein theoretischer Natur ist. Polizei und Staatsanwaltschaften in Sachsen-Anhalt und bundesweit sollen entlastet werden, indem die Verfolgung von Bagatelldelikten und fiktiven Straftatbeständen wie dem Nutzhanf-Missbrauch komplett eingestellt wird. Die Linke sieht in der Beibehaltung der Rauschklausel ein Relikt einer verfehlten Prohibitions- und Verbotspolitik. Eine Fortführung der Strafverfolgung in diesem Bereich wird von uns abgelehnt, weil unser Ziel die vollständige rechtliche Rehabilitation der Nutzhanfbranche ist."



"Wie bereits in der Antwort auf Frage 1 und 2 betont, setzen wir uns im Bund dafür ein, den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf gesichert straffrei zu ermöglichen."



"Die Strafverfolgungsbehörden müssen ihre begrenzten Ressourcen auf Bereiche konzentrieren, die tatsächlich eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Sollte sich wissenschaftlich bestätigen, dass von Industriehanf aufgrund der gesetzlichen THC-Grenzwerte praktisch kein Missbrauchspotenzial ausgeht, halten wir eine Überprüfung der bisherigen Strafverfolgungspraxis für sinnvoll. Bürokratie und Strafverfolgung dürfen nicht Selbstzweck sein. Gleichzeitig müssen missbräuchliche Umgehungstatbestände konsequent verfolgt werden."



"Das Cannabisgesetz war aus unserer Sicht ein wichtiger und längst überfälliger Schritt hin zu einer modernen Drogenpolitik. Dennoch besteht weiterer Reformbedarf. Wir als FDP begrüßen eine Streichung der sogenannten "Missbrauchsklausel" und einer Nutzhanfliberalisierung. Besagte Klausel erschwert den Handel und die Nutzung legaler Hanfprodukte unnötig, ohne dass ein entsprechender Missbrauch nachgewiesen wird. Statt unverhältnismäßiger Strafverfolgung sollte der Fokus auf der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und der organisierten Kriminalität liegen."



"Durch das Urteil des Amtsgerichtes Amberg vom 30.10.2025 findet mittlerweile auch in der Justiz eine Neubewertung von § 1 Nr. 9a KCanG statt. Die tatsächliche Anwendbarkeit der Klausel wird sich vermutlich weiterhin auf seltenste Ausnahmefälle beschränken. Eine Priorität in der Strafverfolgung sehen wir nicht; die eventuelle Streichung der Klausel obliegt dem Bundesgesetzgeber."



"Diese sog. Rauschklausel war immer schon absurd, da grotesk hohe Mengen von Industriehanf konsumiert werden müssen, um sich einen Rausch zu verschaffen. Wie Sie richtig schreiben, ist deshalb auch kein Missbrauchsfall bekannt geworden. Auch ohne Cannabis-Konsum zu legalisieren, kann die Strafverfolgung auf dieser Grundlage getrost eingestellt werden."



"Hierzu nehmen wir Bezug auf das unter 5. Gesagte, eine Novellierung des sogenannten Cannabisgesetzes, auch hin zu einer Verschärfung, kommt nach Abschluss der bis 2028 andauernden Evaluierung in Betracht. Es bleibt zu prüfen, ob die genannte Regelung tatsächlich notwendig ist, oder ersatzlos wegfallen kann."

8. Initiativen

Welche Initiativen beabsichtigen Sie zum Thema Hanf / Cannabis in der nächsten Legislaturperiode?

Die Linke

"Die Linke in Sachsen-Anhalt hat in ihr Wahlprogramm Initiativen für eine moderne, wissenschafts- und gesundheitsbasierte Drogenpolitik aufgenommen. Wir wollen die repressive Linie im Bundesland durch progressive Landesregelungen ersetzen. Über eine gezielte Verordnung soll das Landesgesundheitsministerium angewiesen werden, die rechtlichen Voraussetzungen für ein flächendeckendes Drug Checking zu schaffen. In den Ballungsräumen Halle und Magdeburg sollen rechtssichere, medizinisch begleitete Konsumräume ermöglicht werden, um infektionsfreie Umgebungen zu bieten und medizinisch Hilfe im Ernstfall abzusichern. Die kommende Fraktion wird gesetzliche Initiativen einbringen, die das Land dazu verpflichten, Anträge von Kommunen für wissenschaftliche Modellprojekte zur Cannabisabgabe in Fachgeschäften aktiv zu unterstützen, statt diese zu blockieren. Die Kontroll- und Genehmigungsprozesse für Anbauvereine sollen über veränderte Richtlinien vereinfacht werden, um den bürokratischen Aufwand für ehrenamtlich geführte Vereine zu reduzieren. Das erfolgreich angelaufene digitale Beratungsportal DigiSucht soll ab 2026 fest und dauerhaft über den regulären Landeshaushalt finanziert werden. Die Linke plant einen Gesetzentwurf, der die Landesförderung für Suchtberatungsstellen an die allgemeine Tarif- und Inflationsentwicklung koppelt. Das soll verhindern, dass Beratungsstellen aufgrund steigender Betriebskosten Personal abbauen müssen. Die Polizei in Sachsen-Anhalt soll per Erlass angewiesen werden, bei Verkehrskontrollen standardmäßig THC-Speicheltests einzusetzen. Die bisherigen, fehleranfälligen Urintests, die lediglich inaktive Abbauprodukte nachweisen, sollen ausgemustert werden. Gelder, die durch den Rückgang von Strafverfahren wegen geringfügigen Cannabisbesitzes bei Justiz und Polizei eingespart werden, sollen per Haushaltsgesetz zweckgebunden in die kommunale Präventions- und Jugendschutzarbeit fließen.

Als Bau- und Rohstoff soll Hanf gefördert werden. Die Linke will staatliche Förderprogramme für CO₂-negative und diffusionsoffene Dämm- und Baustoffe etablieren, um den Wohnungsbau ökologischer zu gestalten. Die Linke unterstützt den Wiederaufbau regionaler Faserverarbeitungsanlagen (Spinnereien und Papierwerke), um ressourcenintensive Importe wie konventionelle Baumwolle oder Holz-Zellstoff durch heimischen Hanf zu ersetzen. Im Zuge der von der Linken geforderten Agrarwende sollen umweltfreundliche Nutzpflanzen wie Hanf (die ohne Pestizide auskommen und Böden regenerieren) finanziell besser über EU- und Bundesmittel gefördert werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, Genossenschaften und Maschinenringe finanziell dafür zu unterstützen. Da Ernte- und Verarbeitungstechnik für Hanf extrem teuer ist, sollen Landwirte durch gemeinschaftlich genutzte Großgeräte gefördert werden."



"Wir Grünen wollen Kinder und Jugendliche weiterhin streng schützen und Suchtprävention sowie Suchtberatung flächendeckend ausfinanzieren, damit diese wirksam greifen können. Mehrere Studien deuten darauf hin, dass der Cannabiskonsum unter Jugendlichen leicht rückläufig ist. Das erfüllt ein zentrales Ziel des KCanG. Die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Suchtprävention wollen wir in der nächsten Legislaturperiode unter den Bedingungen der Cannabislegalisierung neu ausrichten. Die bestehenden konzeptionellen Ansätze wollen wir weiterentwickeln und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausstatten. Wir wollen in Sachsen-Anhalt zudem Drug-Checking-Projekte etablieren, mit denen Gesundheitsschäden durch verunreinigte oder überdosierte Substanzen verhindert werden können."



"Die FREIEN WÄHLER wollen die Potenziale von Hanf vor allem als Wirtschafts-, Innovations- und Agrarrohstoff besser nutzen. Denkbare Initiativen sind:

- stärkere Forschungsförderung zu Industriehanf und Medizinalcannabis,
- Förderung regionaler Wertschöpfungsketten,
- Bürokratieabbau bei Anbau und Verarbeitung von Nutzhanf,
- Unterstützung innovativer Anwendungen im Bauwesen, in der Kreislaufwirtschaft sowie bei biobasierten Werkstoffen,
- wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Cannabisgesetzgebung,
- Verbesserung der Versorgung mit Medizinalcannabis durch praxistaugliche und einheitliche Regelungen.

Unser Ansatz bleibt dabei klar: Technologieoffenheit, wissenschaftliche Erkenntnisse, regionale Wertschöpfung und praktikable Lösungen statt ideologischer Debatten."



"Wir als FDP werden uns weiterhin für eine evidenzbasierte und liberale Drogenpolitik einsetzen. Dazu gehört die konstruktive Begleitung der Umsetzung des Cannabisgesetzes in Sachsen-Anhalt. Sollten sich Möglichkeiten für Modellprojekte zur regulierten Cannabisabgabe ergeben, unterstützen wir diese ebenfalls.

Da die Regelungskompetenz des Landes in diesem Bereich begrenzt ist, wollen wir die Möglichkeiten praktikabler und liberaler Lösungen nutzen und uns zugleich auf Bundesebene im Bundesrat gegen unnötige Verschärfungen einsetzen."



"Auf landesgesetzlicher Ebene haben wir uns für die kommende 9. Legislatur vorgenommen, dass Nichtraucherschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu novellieren und die Schutzvorschriften auf Cannabisprodukte auszuweiten."



"Aktuell sind dazu keine Initiativen in Planung. Wir werden aber die Entwicklung verfolgen und gegebenenfalls von Landesebene aus mit Initiativen im Tenor der hier vorgelegten Antworten begleiten."



"Bislang sind keine Initiativen hierzu geplant."